Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

50 (29.2.1932) Zweites Blatt

Visual Library

Nr. 50
Zweites Blatt

Durlacher Tageblatt

Montag
29. Februar 1932

Abrüstungs-Gläubiger Deutschland

Zerreißen Deutschlands Abrüstungsschuldner die Verträge?

Von Fr. Unger-Hartung, zur Zeit Genf

Milde Frühlingslüfte umfächeln das stündlich wachsende Heer der Abrüstungspaziergänger an den Ufern des blaugrünen Sees. Die ersten Stoßtrupps der Sonnenanbeter und Freiluftfanatiker sammeln sich vormittags am nördlichen Seeufer bei dem Monument Brunswick, dem sonderbaren Mausoleum des 1830 vertriebenen Herzogs Karl von Braunschweig, der für die Errichtung dieses Denkmals die Stadt Genf zur Erbin seines Vermögens von zwanzig Millionen RM. einsetzte. Hier spricht man in allen Sprachen der Erde über die Abrüstung. Wer nach Indiskretionen fischen wollte, müßte in Hindudialekten so bewandert sein, wie in seiner Muttersprache, sich in Chinesisch und Arabisch auskennen und sich erst recht in den gebräuchlicheren Sprachen des Erdballs zu Hause fühlen. Aber selbst wenn er den Vormittag am Brunswick und am Quai Wilson und den Nachmittag im Englischen Garten, der dann in der vollsten Sonne liegt, verbringen wollte, würde er doch nicht viel mehr herausbringen, als daß über die verworrenen Vorschläge Tardieus für ein Völkerbundsheer immer noch verworrener hin und herorakelt wird.

Deutschlands Stellung dazu ist rasch geklärt. Die Rose, die Tardieu der Abrüstungskonferenz als Angebinde überreichte, fühlt sich für uns recht dornig an. Der „Plan" konnte am ehesten noch als Faschingsscherz begründet werden; denn er nimmt Deutschland zu allen neuzeitlichen kriegerischen Verteidigungsmitteln auch noch die 10 000-Tonnen-Schiffe und verhindert obendrein die Weiterentwicklung der deutschen Handelsluftfahrt. Dabei ist noch von der Unannehmbarkeit des Völkerbundes als Ueberstaat für sehr viele Mitgliedsländer ganz abgesehen. Als heimtückischer Vorstoß gegen Deutschland ist Tardieus Vorschlag für jeden entlarvt, der sich vergegenwärtigt, daß nur Deutschland bisher die Riesenflugzeuge baute, die Tardieu selbst im Handelsluftwesen nicht mehr zulassen will; daß allein Deutschland der Verfügung über seine gesamten Flugzeugbestände verlustig gehen würde, da alle anderen Völker ihre Kriegsflugzeuge behalten; daß endlich allein Deutschland seine 10 000-Tonnen-Schiffe dem Völkerbund bereitstellen müßte, weil sie zwar 10 000 Tonnen nicht überschreiten, jedoch anstatt der Tardieuschen Begrenzung auf 20,3-Zentimeter-Geschütze als einzige Schiffe dieser Klasse Kaliber von 28 Zentimeter besitzen.

Das Manöver Frankreichs ist leicht zu durchschauen. Schwieriger gestaltet sich die Zurückweisung dieses Stimmungs-Vorstoßes. Aber wenn Frankreich bei Ablehnung seines Vorschlages seiner neuesten Ankündigung gemäß den gegenwärtigen Stand seiner Rüstungen als Mindestgrenze angesehen wissen will, dann stehen mit ihm und den übrigen Ländern dem Abrüstungs-Gläubiger Deutschland nicht nur säumige, sondern auch böswillige Schuldner gegenüber. Das Völkerbundsstatut, gleichzeitig der erste Teil des Versailler Diktates, und dessen Teil 5 über die Abrüstungsbestimmungen sind nicht einseitig nur auf Deutschland anwendbare Vereinbarungen, sondern Verpflichtungen für alle. Geht die Abrüstungskonferenz ohne die wahre und wirkliche Abrüstung aus, wie sie Deutschland gefordert hat, dann sind Völkerbundspakt und Versailler Diktat vom gesamten im Völkerbund vereinigten Ausland zerrissen.

Deutschlands Abrüstung ist nichts anderes als eine Vorausleistung auf jene Verträge. Sie macht Deutschland zum Forderer, zum Gläubiger, die anderen Länder zu Schuldnern aus diesen Vertragswerken. Nachdem wir zwölf Jahre erbittert ringen mußten, um überhaupt erst einmal den Beginn einer Abrüstungskonferenz zu erreichen — alles, was bis jetzt völkerbundlich auf diesem Gebiete geschah, war ja ausdrücklich nur vorbereitende Arbeit — gibt sich bei uns zu Hause niemand dem Aberglauben hin, daß diese Unmasse von Generalen, Admiralen, Offizieren aller Länder und Zonen, die Genf dienstlich in schwarzem, außerdienstlich in „Räuber"-Zivil überschwemmen, hier ihre sofortige Dienstentlassung beschließen werden. Dennoch bleibt unser Ziel Abrüstung der anderen auf Deutschlands Rüstungsstand nach dem gleichen Verfahren, dem wir uns unterziehen mußten.

Als Abrüstungsgläubiger, durch seine Vorausleistung auf die Abrüstungspläne, büßte Deutschland seine nationalen Sicherheiten ein. Der Artikel 8 des Paktes sichert den Völkerbundsstaaten aber die Gleichberechtigung auf Sicherheit zu. Wenn deshalb die Abrüstungskonferenz zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Maßnahmen zur Abrüstung Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft für andere Staaten untauglich sind, so müssen auch auf Deutschland andere Grundsätze angewendet werden. Praktisch würde das heißen, daß Deutschland von der Haltung eines Söldnerheeres befreit wird und wieder zur allgemeinen Wehrpflicht wie sämtliche anderen Völkerbundsstaaten übergeht und daß auch die Bewaffnung des deutschen Heeres dem Ausrüstungsstande der Heere der anderen Länder angeglichen wird. Die Sicherheit eines Staates mit einer Bevölkerung von 65 Millionen Menschen, noch dazu des ersten Kulturstaates mit der empfindlichsten Wirtschaft der Erde, ist ohne Zweifel nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, sondern liegt auch im Interesse aller anderen Länder. Nach menschlichem Ermessen gewinnen wir durch die Abrüstungskonferenz eine gewisse Rüstungsfreiheit zurück, die uns zwar nicht die Einholung des riesenhaften Rüstungsvorsprunges der anderen, jedoch eine verbesserte Wehrhaftigkeit ermöglicht. Das muß unser Ziel sein; denn es ist unser Recht!

Bergwerksunglück in Amerika

Neuyork, 27. Febr. Ein furchtbares Bergwerksunglück ereignete sich in Bluefield (Westvirginia). Infolge einer Explosion wurden 30 Bergarbeiter von der Außenwelt abgeschnitten. Es wird befürchtet, daß sie alle ums Leben gekommen sind.

Die Wahlen in Genf

Henderson Vorsitzender des politischen Ausschusses

Genf, 27. Febr. Am Samstag fand die Wahl der Präsidenten, Vizepräsidenten, Berichterstatter und Sachverständigen der technischen Kommission der Abrüstungskonferenz statt.

Das **Präsidium** des so heiß umstrittenen **politischen Ausschusses** ist auf den Vorschlag des Amerikaners Gibson dasselbe, wie das der Generalkommission: **Henderson** als Präsident, **Politis** als Vizepräsident und **Benesch** als Berichterstatter.

Von den deutschen Delegationsmitgliedern befinden sich in dem politischen Ausschuß der Delegationsführer Botschafter Nadolny Gesandter Göppert und Geheimrat Frobwein. Präsident der Landkommission ist der Vertreter Uruguays Buero wegen seiner besonderen Verdienste um die Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission geworden. Die deutschen Mitglieder sind Gesandter von Weizsäcker, Generalleutnant von Blomberg, Generalmajor Schönheinz.

Präsident der Seekommission ist der Norweger Colban. Die deutschen Mitglieder sind Staatssekretär von Rheinbaben, Vizeadmiral von Freyberg.

Präsident der Luftkommission ist der spanische Botschafter Madariaga. Die deutschen Mitglieder sind Staatssekretär von Möllendorff, Geheimrat Fisch vom Reichsverkehrsministerium und Major Reinicke. Der Präsident der Budgetkommission ist der Portugiese Vasconcellos. Die deutschen Mitglieder sind Staatssekretär von Möllendorff, Ministerialrat Worbs vom Reichsfinanzministerium und Oberst Karmann.

Abschluß im Reichstag

mit Lärm und Ueberraschungssiegen der Linken

Der Reichstag ging am Freitag nach 10 Uhr abends auf unbestimmte Zeit in Urlaub. Durch den Auszug der Nationalsozialisten ergaben sich noch **Ueberraschungen** wenig erfreulicher Natur. Die Kommunisten riefen beim Wegzug der Nationalsozialisten höhnisch im Sprechchor den Nationalsozialisten zu: „Ihr Tributknechte des Auslandes!" „Ihr Anwärter auf die Ehrenlegion!" Wenn ein Kommunist zuvor sprach, erstickten die Nationalsozialisten seine Stimme durch **sirenenartiges Geheul und Gebrumm. Die Kommunisten revanchierten sich mit dem Gesang der Internationale. Der Vizepräsident Esser ließ gleichmütig die Menge toben und meinte, jetzt kurz vor Torresschluß seien Zwangsmaßnahmen nicht mehr notwendig.** Die Nationalsozialisten marschierten nach Strassers Erklärung unter tobendem Lärm aus dem Saal. Die Zurückbleibenden riefen ihnen auch die Bezeichnung „Partei der Deserteure" und ähnliche Liebenswürdigkeiten nach. Die Kommunisten meinten, die Nationalsozialisten wollten sich nur der Abstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund entziehen. Tatsächlich wurde der **kommunistische Antrag auf Austritt aus dem Völkerbund abgelehnt.**

Der Auszug der Nationalsozialisten hatte die **Mehrheitsverhältnisse so verschoben, daß ein kommunistischer Antrag auf Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an das Land Braunschweig mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen wurde.** Eine ganze Reihe weiterer Anträge wurde den Ausschüssen überwiesen. Durch einen weiteren **Ueberraschungssieg der Linken** wurden mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Staatspartei und bei Stimmenthaltung des Zentrums **ein kommunistischer Antrag, der die Reichsregierung zur sofortigen Aufhebung des Grönerschen Reichswehrerlasses auffordert. Angenommen wurde auch eine Entschließung auf Rückgängigmachung des erhöhten Butterzolles.** Den Deutschnationalen wurde bei dieser Gelegenheit aus den Mittelparteien zugerufen, daß die Flucht ihrer nationalsozialistischen Bundesgenossen die Landwirtschaft gefährde. Der Reichstagspräsident erwartet und erhielt die Ermächtigung im Einvernehmen mit dem Aeltestenrat und der Reichsregierung den Zeitpunkt der nächsten Reichstagssitzung festzusetzen.

Was die Presse dazu meint

Die Blätter, die den die Regierung stützenden Parteien nahe stehen, begrüßen die Ablehnung der Mißtrauensanträge als einen Erfolg Brünings. Die „Germania" unterstreicht die Tatsache, daß die Gegner der Regierung keine in positiver Arbeitsleistung einheitliche Gruppe darstelle, sondern nur auf das Negative sich beschränkten. Selbst die sogenannte nationale Front sei uneins und verfallen. Auch die „Vossische Zeitung" verweist auf die Uneinheitlichkeit der Harzburger Front und sagt, daß die Tagung des Reichstages nicht zuletzt durch die Persönlichkeit des Kanzlers den Weg für die Volkskandidatur Hindenburgs freigemacht habe. Der „Vorwärts" sagt, habe die Ablehnung der Mißtrauensanträge durch die Sozialdemokraten sei noch lange keine Vertrauenskundgebung und keineswegs als Gleichsetzung mit der Politik der Regierung zu bewerten. Sie bedeute vielmehr eine taktische Fesselung der Regierung.

Die „DAZ" nennt es wenig glaubhaft, daß die Regierung sich zur Aufhebung des Reichswehrerlasses bereitfinden wird. Aber die Stimmenthaltung des Zentrums sei nichtsdestoweniger ein politischer Akt erster Ordnung. Die „Börsenzeitung" spricht von einem „Kabinett Brüning von Gnaden der Sozialdemokratie und der Wirtschaftspartei". Es sei besser nicht von Siegen zu sprechen, wenn man nur knapp eine Niederlage vermieden habe. Der „Lokalanzeiger" gibt seinem Mißfallen Ausdruck, daß die Nationalsozialisten während der Abstimmungen den Saal verließen. Geradezu ein Hohn auf sich selbst sei es, daß so der sonst mit Leichtigkeit abgelehnte Antrag auf Aufhebung des Grönererlasses angenommen wurde.

Nächste Reichstagstagung noch unbestimmt

Berlin, 27. Febr. Der Reichstag hat am Freitag dem Präsidium die Ermächtigung erteilt, im Einvernehmen mit dem Aeltestenrat und der Reichsregierung den Termin der nächsten Reichstagssitzung zu bestimmen. Von der sofortigen Festsetzung eines Termins hat man hauptsächlich wegen der Unsicherheit über das Ergebnis des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl Abstand genommen. **Wenn der erste Wahlgang schon die Entscheidung bringt, ist auf jeden Fall damit zu rechnen, daß der Reichstag schon in der zweiten Märzhälfte wieder zusammentreten wird.** Arbeitsstoff ist aus dem in monatelangen Beratungen der Ausschüsse durchgearbeiteten Antragsmaterial reichlich vorhanden. Wenn der erste Wahlgang nicht zur Entscheidung führt, wird der Reichstag zwischen den beiden Wahlgängen kaum noch einmal zusammentreten. **In diesem Falle wird die nächste Reichstagssitzung erst nach dem 10. April stattfinden. Dann wird auch der neue Reichsetat voraussichtlich schon dem Reichstag zugehen. Ausschußtagungen sind dagegen auch für die nächsten Wochen wieder in reichem Maße zu erwarten,** um das ihnen überwiesene Material zu beraten. Der Haushaltsausschuß ist bereits für den 17. März einberufen.

Wie im Reichstage abgestimmt wurde

Berlin, 27. Febr. Mit 554 anwesenden Abgeordneten wies der Reichstag bei den Abstimmungen am Freitag eine außerordentlich starke Besetzung auf, fehlten doch von 577 Reichstagsmitgliedern nur 23. Die weitaus größte Fehlziffer hatte die Deutsche Volkspartei aufzuweisen, von der allein 8 Abgeordnete beurlaubt waren und 2 weitere, Dr. Curtius und v. Kardorff, nicht zur Abstimmung erschienen. Die übrigen 13 Abgeordneten, die gefehlt haben, verteilen sich auf alle Parteien. Es handelt sich dabei fast durchweg um Abgeordnete, die wegen schwerer Krankheit beurlaubt sind. — Die **Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett** ergab nach der endgültigen Feststellung des Ergebnisses für die Regierung eine Mehrheit von 24 Stimmen. Es wurden 288 Stimmen gegen und 264 für die Mißtrauensanträge abgegeben. Für die Mißtrauensanträge haben außer den gemeldeten Parteien auch die beiden anwesenden Abgeordneten der Deutsch-Hannoverschen Partei gestimmt. Beim **Landvolk** haben im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit die Abgg. Dorsch-Hessen und Minister Schlange, bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen **Minister Gröner** hat Abg. Dr. Cremer (DVp.) im Gegensatz zur Fraktion gegen das Mißtrauen gestimmt. Dr. Kalle hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. — Auch beim Mißtrauensantrag gegen **Minister Dietrich** hat Dr. Kalle nicht abgestimmt; dagegen hat Dr. Cremer in diesem Falle mit der Fraktion für das Mißtrauen gestimmt. Von besonderem Interesse ist das Ergebnis der Abstimmungen über die **kommunistischen Anträge auf Einstellung der Zahlung von Polizeikostenzuschüssen an Braunschweig** und auf Aufhebung des letzten Reichswehrerlasses. **Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen.** Für die Einstellung der Zahlungen an Braunschweig stimmten geschlossen Sozialdemokraten und Kommunisten, ferner die Mehrheit der Staatspartei. Nur Minister Dietrich und die Abgg. Hillebrand und Schneider von der Staatspartei stimmten gegen den Antrag, während Dr. Jänicke Stimmenthaltung übte. Die Mehrheit der Zentrumsfraktion übte Stimmenthaltung. Nur 14 Zentrumsabgeordnete stimmten gegen den kommunistischen Antrag, während 9 sogar für den Antrag eingetreten sind. Dafür waren die Abgg. Fahrenbracht, Groß, Imbusch, Dr. Köbler, Riener, Tremmel, Frau Dr. Weber, Wieber und Winkler. Gegen den Antrag stimmten u. a. Reichskanzler Brüning und Dr. Bolz. — Auch für die **Aufhebung des Reichswehrerlasses** stimmten geschlossen Sozialdemokraten und Kommunisten, ebenso die Mehrheit der Staatspartei. Die Abgg. Dr. Heuß, Dr. Jänicke, Dr. Külz und Winschuh von der Staatspartei enthielten sich der Stimme. Abg. Hillebrand stimmte gegen die Aufhebung des Erlasses und Minister Dietrich stimmte überhaupt nicht ab. Vom Zentrum stimmte diesmal die Fraktionsmehrheit gegen den kommunistischen Antrag. Dafür trat nur Abg. Fahrenbracht ein. 16 Zentrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme, nämlich die Abgg. Becker-Arnsberg, Dr. Brauns, Dr. Dessauer, Frau Driessen, Esser, Groß, Hofmann-Ludwigshafen, Joos, Dr. Kaas, Dr. Klöcker, Dr. Köbler, Dr. Marx, Neyses, Schlack, Tremmel und Wieber. Auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei enthielt sich der Stimme mit Ausnahme der Abgg. Dr. Bayersdörfer und Schlittenbaur, die gegen die Aufhebung des Erlasses stimmten.

Der neue litauische Rechtsbruch im Memelland vollzogen

Memel, 27. Febr. Wie das „Memeler Dampfboot" meldet, hat der Gouverneur des Memelgebiets den Rektor der Litauischen Grundschule in Memel Simmat zum Präsidenten des Direktoriums ernannt.

Verhandlungen mit den Fraktionsführern der Volkspartei und der Landwirtschaftspartei, die bekanntlich die Mehrheit des Memeler Landtages darstellen, sind dieser Ernennung **nicht vorausgegangen.** Der neu ernannte Präsident Simmat hat sich auch nicht an die Führer der Mehrheitsparteien gewandt, um mit ihnen Verhandlungen über die weitere Zusammensetzung der Regierung zu führen.

Verhandlungen um die Bildung des Direktoriums im Memelgebiet

Der vom Gouverneur zum **Präsidenten des Direktoriums ernannte Rektor Simmat hat den Fischerwirt Lutkus von der Volkspartei und den Landwirt Waschkies von der Landwirtschaftspartei aufgefordert, mit ihm und Landesrat Tolischus zusammen ein Direktorium zu bilden.** Die beiden Erstgenannten, die den Mehrheitsparteien angehören, haben es **abgelehnt,** in das Direktorium einzutreten und erklärt, daß, wenn Simmat überhaupt weiterverhandeln wolle, er sich offiziell an die Fraktionen der Mehrheitsparteien wenden müßte. Simmat hat dies auch getan, und die Fraktionsführer haben sich zu einer Unterredung bereit erklärt, die wahrscheinlich am Montag stattfinden wird. Da Simmat erklärt hat, daß er außer den zwei Angehörigen der Mehrheitsparteien auch noch einen Mann seines Vertrauens, d. h. eine groß-litauisch eingestellte Persönlichkeit zum Mitglied der Regierung ernennen wolle, ist nicht ersichtlich, ob die offizielle Verhandlung am Montag zu einem Ergebnis führen wird.

Ein deutscher Diplomat erhält einen amerikanischen Literaturpreis.

Der deutsche Konsul Walther Reinhardt, der als Publizist unter dem Namen Reinhard Weer schon mehrfach hervortrat, erhielt für seine „George Washington"-Biographie den diesjährigen Preis der amerikanischen Ralph-Beaver-Straßburger Stiftung.

Verordnungen des Preiskommissars über den Brotpreis

Berlin, 27. Febr. Um den Preis für Roggenmehl zu senken und gleichzeitig die vorhandenen Brotgetreidemengen zu strecken, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung mit Wirkung vom 1. März 1932 verordnet, daß Roggenmehl nur noch mit einem Ausmahlungszwang von 0 — mindestens 90 v. H. hergestellt werden darf. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Preise für die Nebenprodukte stellt sich der Preis für ein derartiges Mehl je Doppelzentner um 2 RM. niedriger als der Preis von 60prozentigem Roggenmehl, wie es jetzt vielfach zur Brotherstellung verwendet wird. Diese Verordnung gilt für sämtliche Mühlen, also einschließlich der Lohnmüllerei und Selbstversorgung. Eine Verschlechterung der Beschaffenheit des Roggenbrotes wird durch diese Verordnung nicht herbeigeführt. Weiter hat der Reichskommissar für die Preisüberwachung eine sofort in Kraft tretende Verordnung erlassen, nach der **jede Erhöhung des Kleinverkaufspreises für Brot der örtlichen Polizeibehörde unter Namhaftmachung von Gründen zu melden ist.** Die Erhöhung selbst darf erst drei Tage nach der erfolgten Anmeldung eintreten.

*

Keine Senkung der Biersteuer bei Fortdauer des Bierstreiks

Berlin, 27. Febr. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat der **Reichsfinanzminister die Verhandlungen mit den Vertretern der Gastwirte abgebrochen. An zuständiger Stelle wird die Nachricht bestätigt, daß die beabsichtigte Senkung der Biersteuer unterbleiben wird, wenn die beteiligten Organisationen den Bierstreik nicht beenden werden.**

*

Berlin ohne Bier

Nachdem sich am Donnerstag die Groß-Berliner Bierbrauereien mit dem streikenden Gastwirtsgewerbe solidarisch erklärt haben, haben jetzt auch der Verband Berliner Kaufleute des Kolonialwaren- und Feinkosthandels beschlossen, sich der Bierboykottbewegung in bezug auf den **Flaschenbierhandel anzuschließen.** In einer Vorstandssitzung kam dieser Beschluß einstimmig zustande in der Erwägung, daß der Steuerabwehrkampf der Gastwirte auch im Interesse des Kolonialwaren- und des Feinkosthandels liege. Während am Donnerstag noch die Restbestände an Bier in den Gast- und Schankstätten abgesetzt werden durften, sorgte am Freitag eine strenge Kontrolle dafür, daß **kein Bier mehr an die Gäste verabfolgt wird.** Die Kontrolleure der Streikleitung sind ununterbrochen unterwegs. Ernst ist die Lage der **Brauereiarbeiter,** die in Groß-Berlin etwa 6000 Köpfe zählen. Es besteht die Gefahr, daß bei einer längeren Dauer des Streiks die Betriebe stillliegen müssen. Nach den bei der Streikleitung vorliegenden Nachrichten aus dem Reiche haben die Gastwirteorganisationen zahlreicher Städte ihre Sympathien zu dem Vorgehen ihrer Berliner Kollegen zum Ausdruck gebracht.

Noch ein unwürdiger Abschluß

Sturm im Hessen-Landtag

Darmstadt, 28. Febr. In der letzten Sitzung des hessischen Landtages kam es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. **Best** und den Sozialdemokraten. Dr. Best warf den Sozialdemokraten vor, sie verfolgten für den Fall der nationalsozialistischen Machtergreifung „separatistische Pläne", Best behauptete weiterhin, daß nicht die Parteien des Hochverrats von 1918, sondern nur der kommende Reichspräsident Hitler die Rettung brächte. Daraufhin kam es zu Zusammenstößen mit dem Zentrum. **Die Nationalsozialisten verließen den Sitzungssaal.** Der sozialdemokratische Fraktionsführer bezeichnete dies unter dem Beifall des Hauses als feige Handlung, was ihm einen Ordnungsruf des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten einbrachte. Nach weiteren stürmischen Szenen vertagte sich der hessische Landtag, nachdem er einen Antrag der NSDAP. auf **Amnestie für politische Vergehen** gegen die Stimmen von Sozialdemokratie, Zentrum, Volkspartei, Christlich-Soziale und Landbund **angenommen hatte,** auf unbestimmte Zeit. Gegen den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten soll im Aeltestenrat ein Mißtrauensantrag eingebracht werden.

Die Kämpfe in China

Kiangwan genommen

Schanghai, 27. Febr. Das japanische Hauptquartier meldet am späten Abend die Einnahme von Kiangwan. Chinesische Maschinengewehre sind jedoch im westlichen Teil der Stadt noch in Stellung.

*

Japans Bedingung zur Einstellung der Kämpfe bei Schanghai

Tokio, 27. Febr. Wie man hier zu wissen glaubt, hat das Ministerium des Aeußern die japanischen Vertreter Schigeitsu in Schanghai und Matsudeira in Genf beauftragt, den in Frage kommenden Behörden zu gegebener Zeit mitzuteilen, **daß Japan geneigt sei, die Feindseligkeiten in Schanghai einzustellen, sobald die Chinesen in überzeugender Weise dargetan hätten, daß sie willens sind, sich 20 Kilometer von der vorgeschlagenen neutralen Zone zurückzuziehen.** Japan würde die Verpflichtung übernehmen, seine Truppen gleichfalls eine gewisse Strecke zurückzunehmen, nachdem die Chinesen die Rückwärtsbewegung tatsächlich ausgeführt haben.

Kiangwan noch nicht von den Japanern erobert.

T.U. **London,** 28. Febr. Die von den Japanern ausgegebene Nachricht, daß sie am Samstag Kiangwan erobert hätten, ist einer Reutermeldung aus Schanghai zufolge unrichtig. Auch die Orte Miahong und Yentschiatschang seien noch im vollen Besitz der Chinesen. Die Japaner hätten allerdings ihre Linien nördlich von Kiangwan etwas vorgetrieben, von einer Umzingelung der chinesischen Stellungen in Kiangwan könne aber keine Rede sein. Die japanischen Verluste belaufen sich auf etwa 1500 Tote und die Chinesen auf 4000 Soldaten und 8000 Zivilisten.

Chinesische Einigung vollzogen

London, 27. Febr. Nach Meldungen aus China ist eine **Einigung zwischen den rivalisierenden Parteien von Nanking und Kanton erreicht.** General Tschangkaischek ist zum Oberbefehlshaber der Truppen an der mandschurischen Grenze ernannt worden mit dem Auftrage, die verlorenen Gebiete zurückzuerobern, während der christliche **General Feng** über die Truppen bei Schanghai das Kommando erhalten hat. Bisher haben die Japaner immer behauptet, nicht im Kampfe mit China, sondern nur im Kampf mit der 19. Armee liegen, die zu den Kantontruppen gehört. Wenn die neue Regelung entsprechend sich bewährt, so würde das bedeuten, daß zum ersten Male auch Nankingtruppen Seite an Seite mit den Kantontruppen kämpfen. Nach einer Meldung aus der Mandschurei hat der Exekutivrat des neuen unabhängigen Staates diesem den Namen Manchowsuo gegeben. Zur Hauptstadt wurde **Changchun** gewählt. Der Titel des neuen Herrschers der Mandschurei, des ehemaligen Kaisers, ist Chin Cheng, was Diktator bedeutet.

Hundert Fischer auf einer Eisscholle ins Meer getrieben

T.U. **Reval,** 27. Febr. Hundert sowjetrussische Fischer sind, wie die russische Gesandtschaft in Reval den estländischen Behörden mitteilte, während des letzten Sturmes auf einer Eisscholle in den Finnischen Meerbusen abgetrieben worden. Da die Fischer bisher weder an der estnischen noch an der finnischen Küste gesichtet worden sind, ist man in größter Sorge um ihr Schicksal. Die estnische Regierung hat sich bereit erklärt, Fliegerhilfe zu leisten.

Die 100 Fischer auf der Eisscholle gerettet.

T.U. **Reval,** 28. Febr. Wie aus Narva gemeldet wird, gelang es der sowjetrussischen Rettungsexpedition, die hundert russischen Fischer zu retten, die sich seit mehreren Tagen auf einer treibenden Eisscholle im Finnischen Meerbusen befanden. Russische Militärflugzeuge sichteten am Samstag etwa 50 Kilometer vom Strand entfernt die Eisscholle mit den Fischern und warfen Lebensmittel ab. Bei der Rettung waren die unglücklichen Fischer halb erfroren.

Herabsetzung der Betriebsstoffpreise

Berlin, 27. Febr. Im Kampf gegen die Preisunterbietungen der Russen haben die der Benzinkonvention angehörenden Firmen eine weitere Herabsetzung der Treibstoffpreise beschlossen. Die Ermäßigungen gelten einheitlich für Benzin, Benzol und Gemische und betragen im Durchschnitt 1—2 Pfennig je Liter. Sie erstrecken sich auf den größten Teil des Reichsgebietes und sind mit Wirkung vom 26. ds. Mts. in Kraft getreten. In Zone 3, nördliches Baden, Südhessen und Pfalz beträgt der Preisnachlaß 1 Pfennig pro Liter, in Zone 4, Württemberg und Südbaden, aber 1,5 Pfennig.

Einschränkung der Kohleneinfuhr

Berlin, 27. Febr. Der Schrumpfungsprozeß im deutschen Kohlenbergbau hat sich in den letzten Monaten in erschreckendem Maße fortgesetzt. Die Belegschaft an der Ruhr, die im Jahre 1929 noch 361 000 Köpfe betrug, ist bis auf etwa 200 000 zurückgegangen. Diese Lage hat **den Reichskohlenkommissar veranlaßt, die Kohleneinfuhr für den Monat März um 50 000 Tonnen und für Monat April ds. Js. um weitere 50 000 Tonnen zu kürzen.**

Die Frage der Nachfolge Sir Eric Drummonds

Paris, 27. Febr. Zur Frage der Nachfolge Sir Eric Drummonds auf dem Posten des Generalsekretärs des Völkerbundes, berichtet der Außenpolitiker des Petit Parisien aus Genf, außer der Kandidatur **Titulescus** nenne man die Namen **Politis** (Griechenland) und de **Vasconellos** (Portugal). In gewissen Kreisen werde ernstlich von einer Kandidatur des früheren Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofes, des schweizerischen Professors **Huber,** gesprochen.

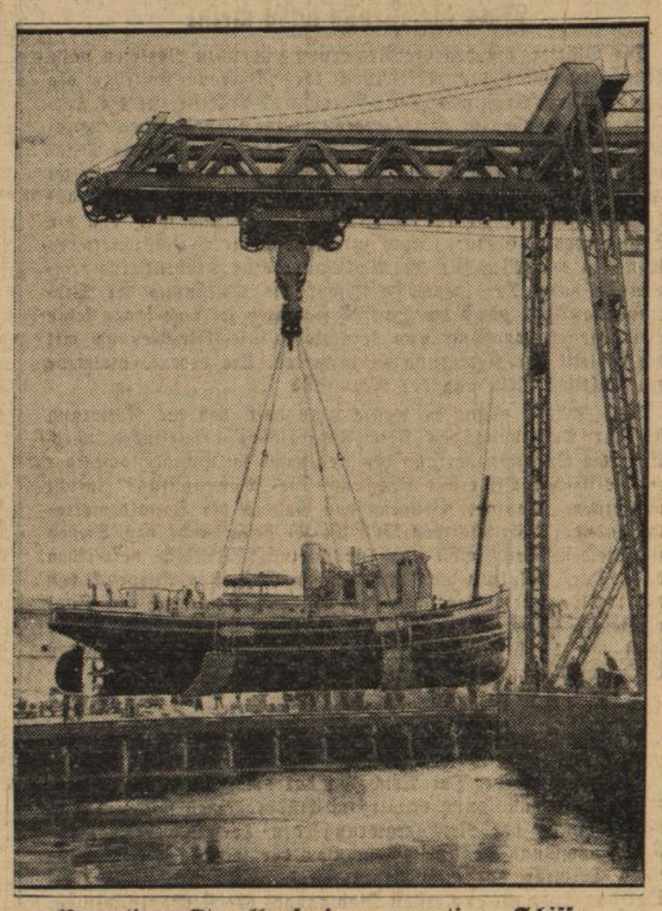
Wovon man spricht

Schwerer Raubüberfall bei Berlin

Berlin, 28. Febr. Ein beispiellos frecher Raubüberfall hat sich am Samstag abend in Heiligensee abgespielt. Dort drangen gegen 9.30 Uhr abends drei Räuber in ein Restaurant, bedrohten die Anwesenden mit der Pistole und plünderten dann den Besitzer sowie seine Angestellten aus. Die Burschen sind in einem Auto entkommen, in dem sich noch zwei weitere Räuber befanden.

Polnische Rückwanderung aus Frankreich

Paris, 27. Febr. Infolge der Arbeitslosigkeit sind im nordfranzösischen Metallindustriegebiet sämtliche ausländischen Arbeiter, mit Ausnahme der Belgier, entlassen worden, insbesondere die Polen, die in einer Menge von 250 000 beschäftigt waren, wandern in ihre Heimat zurück.



Neuartiger Stapellauf eines neuartigen Schiffes.

Das amerikanische Diesel-Motorschiff bei seinem neuartigen Stapellauf. In Boston (U.S.A.) wurde mit einem neuen Hilfsfahrzeug der amerikanischen Kriegsmarine ein eigenartiger Stapellauf erprobt. Ein riesiger Kran hob das Schiff von der Werft, auf der es gebaut wurde, in die Höhe und ließ es langsam auf das Wasser niedergleiten. Das Schiff selbst, das mit Dieselmotoren versehen ist, ist völlig ohne Nieten und Bolzen erbaut, d. h. zusammengeschweißt worden.

Eine lehrreiche Zusammenstellung von Bränden

In **Baden** haben am 29. und 31. August und am 4. und 5. September 1931 allein 30 Brände stattgefunden, darunter mehrere Großfeuer. Da wir jetzt fast kein Geld, keine Arbeit, eine schlechte Ernte haben und einen Winter haben, so traurig, wie wir ihn seit 100 Jahren nicht erlebten, und da die Brände keinem Menschen Nutzen bringen, wohl aber entsetzlich viel Geld, Lebensmittel, Wohnungen, Brennmaterial, Gesundheit, ja manchmal das Leben kosten: so müssen wir die Brände als unsern Erbfeind mit aller Macht bekämpfen.

Nach der Statistik entsteht ein Viertel aller Brände durch Kinder aus bloßer Lust am Spielen mit dem Feuer und durch Ungeschicklichkeit dabei. Nach dem bekannten Spruch: „Gebrannt's Kind scheut's Feuer!" haben vorsichtige Väter schon die Hand ihres Kindes einen Augenblick an die heiße Ofenplatte gebracht und sie dann blitzschnell wieder weggezogen, um die Hand nicht zu verbrennen. Das Kind merkte sich den Schmerz und hütete sich nun für immer ängstlich vor dem Feuer, statt mit ihm zu spielen! Dieses einfache, ganz unschädliche Mittel hilft bei Kindern fast immer.

Selbst die Feuerwehr ist durch schwere Brände zu der Erfahrung gekommen, daß ihre Hauptaufgabe neben dem Löschen, das natürlich unter allen Umständen stattfinden muß, **das Verhüten der Brände die große Hauptsache ist!** Denn das Feuer entwickelt sich bekanntlich, wenn es einmal ausgebrochen ist, so schnell, daß man froh sein muß, wenn man es noch auf seinen Herd beschränken kann. Was bei einem Brand das Feuer nicht zerstört, das ruiniert beim Löschen oft vollends das Wasser. Und doch würde ohne unsere brave, tüchtige, sich in der Lebensgefahr ohne einen Lohn selbst aufopfernde Feuerwehr, diesen hochherzigen Soldaten des Friedens, wie im Mittelalter noch halbe Städte wegbrennen. (Der große Brand von Hamburg brachte noch einen Schaden von 100 Millionen Mark und kostete 100 Menschen das Leben ohne die vielen Krüppel!)

In dem Hauptbestreben der Feuerwehr, die Brände zu verhüten statt sie bloß zu löschen, müssen sie nun in unserer schweren Zeit vor allem die Schulen recht kräftig unterstützen. Ohne diese Unterstützung geht es einfach nicht, weil ein großer Teil der Brände noch durch die nichtsahnenden Kinder entsteht! Die Gemeinden und Schulen können in unserer arbeitslosen, teuren Zeit nicht mehr profitieren als durch den Feuerschutzunterricht! Durch diesen können kostenlos unendlich viel Brände verhütet werden. Verhüten ist besser als vergütet! Durch die Feuerschutzblätter von Studienrat Adolf Mang, Heidelberg, die er den Regierungen kostenlos zur Verfügung stellt (Löschen mit Asche, Hausfeuerspritze, vereinfachter Blitzableiter usw.) können die Brände leicht verhütet werden.

Wie leicht es ist, in dem zarten, ängstlichen Herzen der Kinder einen tiefen Abscheu und eine große Furcht vor den schrecklichen Folgen und vor der schweren Strafe bei dem dummen Spielen mit dem Feuer zu erwecken! Hier statt vieler trauriger Beispiele nur eines: In **Stetten** bei Waldshut spielte, wie die Polizei ermittelte, der 9jährige Knabe eines Landwirts, bevor er in die Schule ging, in der Scheune mit Streichhölzchen. Das Heu fing Feuer. Die Scheune brannte im Handumdrehen lichterloh. Der Knabe lief davon und versteckte sich aus Angst vor der schweren Strafe des Vaters. Die Feuerwehr rückte sofort aus. Das Feuer entwickelte sich aber so schnell, daß 5 Wohnhäuser und 4 gefüllte Scheunen innerhalb einer Stunde abbrannten trotz aller Mühe der Feuerwehr! Der Schaden betrug 84 000 Mark! Die meisten Leute waren nicht versichert. Auch die Eltern des unglückseligen Knaben nicht. Sie waren nun bettelarm, konnten den Anblick des Zerstörers ihres Friedens und Glückes nicht mehr ertragen und taten ihn fort in eine Erziehungsanstalt!

Wie viel Glück wird schon durch dies eine Großfeuer begraben! Der arme Knabe hatte keine Heimat, die Eltern hatten keinen Sohn mehr, die Abgebrannten waren Bettler, der fürchterliche Brand stand das ganze Leben lang vor der Seele des geängstigten Knaben, die Verwünschungen der Brandgeschädigten verfolgten ihn, er konnte seines Lebens nimmer froh werden. Wie leicht wäre es gewesen, es hätte nur einiger teilnehmender Worte seiner Lehrer oder Lehrerinnen bedurft, um ihn auf die schrecklichen Folgen des Spielens mit dem Feuer aufmerksam zu machen, die Brände wären unterblieben, und Ruhe und Frieden wären an diesem Ort schwerster Arbeit erhalten geblieben! Eine Schule, die den Feuerschutzunterricht nicht erteilt, ist der größte Feind ihrer Kinder und Gemeinde. Selbst die Versicherten kommen bei den Bränden schlecht weg; den sie müssen schon zum voraus einen hohen Betrag zahlen, und der Brand ist unter allen Umständen immer ein empfindlicher Schaden am allgemeinen Volksgut! Darum fort mit der leeren Ausrede: „Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt!" Nein, er ist nicht gedeckt, sondern er hilft zwar dem Einzelnen, trifft aber das ganze Volk!

Schon vom 1. Schuljahr an kann man den Kindern durch leichtverständliche Erzählungen, z. B. „Vom Kind, das mit dem Streichhölzchen spielte", die furchtbaren Gefahren des Feuers eindringlich jährlich zweimal und auch sonst bei jeder Gelegenheit schildern. Das gibt dann die nötige Hemmung, den nötigen Halt gegen das unsinnige Brandstiften! Auch in den mittleren und oberen Schuljahren und den Fortbildungsschulen, sowie in den höheren werden die Feuerschutzregeln (die der Studienrat Adolf Mang, Heidelberg, Inhaber des Ehrenkreuzes des Verbandes des Deutschen und der Badischen Feuerwehr), den Schulbehörden unentgeltlich zur Verfügung stellt, als Lesestück behandelt, zweimal jährlich eingehend besprochen und dem Gedächtnis so fest eingehämmert, bis es zum geistigen Eigentum wird und die Brandverhütung als obere sittliche Pflicht vor der Seele steht! Erfüllt eine Schule diese Feuerschutzpflicht nicht, so ist dies eine schwere Pflichtvergessenheit, die sich einmal bitter rächen kann!

Aber nicht bloß die Jugend soll im Feuerschutz aufgeklärt werden, sondern der Feuerschutz muß auch für die Erwachsenen durch die Presse noch nachgeholt werden; denn die meisten Brände entstehen nur durch Unwissenheit von der Größe der Gefahr oder durch Leichtsinn neuerdings leider aber auch aus Rache oder um sich Arbeit zu verschaffen oder aus Schwindel, um sich durch Betrug eine größere Summe verschaffen zu wollen — ein dreifaches Unrecht; denn wer muß es mitbüßen? Doch die Feuerversicherung, die Mitabgebrannten und die Feuerwehr! Bei jedem Brand muß z. B. die Feuerwehr ihren Kopf hinhalten und oft ihre Gesundheit, ja manchmal selbst ihr Leben zum Opfer bringen!

Auf jeden Fall ist der Brandstifter ein grundschlechter gewissenloser Mensch, der nicht wert ist, daß ihn der Erdboden trägt! Da in der neueren Zeit schon mehrfach Brandstiftungen mit Mordtaten vorkamen, um sich in den Besitz einer hohen Lebensversicherung zu setzen, so helfen gegen die immer stärker grassierenden Brandstiftungen nur noch zwei Mittel:

1. Der eingehende Feuerschutzunterricht in den Schulen (aber auch die Mithilfe der Eltern zu Hause, indem sie häufig mit den Kindern über die Brandgefahren sprechen, und die Geistlichen im Religionsunterricht und in der Predigt, indem sie die teuflische Sünde der Brandstiftung auf das schärfste brandmarken);

2. eine viel längere und strengere Bestrafung der Brandstiftung, wie sie selbst von einer Versammlung von 100 Staatsanwälten in Hildesheim im Frühjahr dringend gefordert wurde.

Baden

Keine Landtagssitzungen vor der Reichspräsidentenwahl

Karlsruhe, 27. Febr. Die auf Dienstag, den 1. März und folgende Tage anberaumten öffentlichen Sitzungen des Landtags **fallen mit Rücksicht auf die Inanspruchnahme der Abgeordneten bei der Reichspräsidentenwahl aus.** Dagegen finden die Fraktionssitzungen der einzelnen Parteien statt.

Volkspartei in Baden hält zu Curtius

Karlsruhe, 27. Febr. Der Reichstagswahlkreis Baden der Deutschen Volkspartei hat an den Spitzenkandidaten der DVP., den früheren Außenminister Dr. **Curtius,** folgendes **Telegramm** gesandt: Wahlkreis Baden steht nach wie vor hinter Ihnen und billigt Ihre gestrige Haltung bei der Abstimmung.

Karlsruhe, 29. Febr. (Kurzschriftprüfung.) Das Prüfungsamt für Kurzschrift bei der Handelskammer Karlsruhe hält seine nächste Kurzschriftprüfung am Sonntag, den 17. April 1932, vormittags, ab. Es wird geprüft in den Gruppen 120, 150, 180. 200, 220 und 240 Silben Geschwindigkeit in der Minute. Die vom Prüfungsausschuß festgelegten Richtlinien, aus denen alles Nähere ersichtlich ist, werden den sich anmeldenden Prüflingen von der Handelskammer übersandt.

Heidelberg, 27. Febr. (In den Ruhestand.) Gymnasiumdirektor Dr Fritz Buchere, einer der hervorragendsten Schulmänner unseres Landes, wird mit Ablauf des Schuljahres in den Ruhestand treten. Er wirkte bereits in den Jahren 1906 bis 1914 als Professor am hiesigen Gymnasium, kam dann als Direktor des Gymnasiums nach Pforzheim und wurde 1923 mit der Leitung des Heidelberger Gymnasiums betraut. — Studienrat Otto Autenrieth, der mit außerordentlichem Erfolg seit über vier Jahrzehnten als Musiklehrer in Hornberg, Karlsruhe und Heidelberg wirkte und durch sein Badisches Liederbuch einen wertvollen Beitrag zur Pflege des deutschen Schulgesanges lieferte, tritt auf Ende Mai in den einstweiligen Ruhestand.

Buchen, 27. Febr. (Der Brandstifter ermittelt.) Ueberraschend schnell ist es den Polizeiorganen gelungen, den Brandstifter des Großfeuers in Götzingen zu ermitteln und festzunehmen. Ein Wanderer namens Winter, der sich hier und in der Umgebung durch regelmäßige Betteltouren schon recht unliebsam bemerkbar gemacht hatte, wurde wegen Bettelei verhaftet. Er gab schließlich zu, aus Rache das Feuer gelegt zu haben, weil er beim Betteln abgewiesen worden sei.

Rastatt, 27. Febr. (Wegen Grippe geschlossen.) Da über 70 Schüler des hiesigen Gymnasiums an Grippe erkrankt sind, und infolgedessen ein geregelter Unterricht nicht mehr möglich ist, wurde die Schule auf mehrere Tage geschlossen.

Baden-Baden, 27. Febr. (Todesfall.) Der Präsident des Baden-Badener Automobilklubs, Hotelbesitzer Paul Keppeler, lange Jahre hindurch Mitglied des Stadtrats, ist plötzlich an einem Herzschlag gestorben.

Lörrach, 27. Febr. (Brand.) Abends entstand in dem Dachstuhl der Möbelfabrik Adolf und Albert Mayer Feuer, dessen Bekämpfung erst nach einigen Stunden gelang. Das Feuer fand in den in der Werkstatt lagernden Vorräten reiche Nahrung. Der Schaden beträgt über 10 000 RM. Die Brandursache ist unbekannt.

Reihen (b. Eppingen), 27. Febr. (Brand.) Abends brach in dem Anwesen des Landwirts Bräunling Feuer aus, dessen Ursache Kurzschluß sein dürfte. Das Feuer griff auf den Stall der Witwe Flach über, doch konnte das Vieh gerettet werden. Einige Feuerwehrleute wurden durch den elektrischen Strom verletzt.

Darsberg (b. Neckarsteinach), 27. Febr. (Tödlicher Sturz.) Die Ehefrau des Landwirts Schnörr wollte im Treppenhaus in der Dunkelheit nach dem Lichtschalter tasten. Sie bekam hierbei das Uebergewicht, stürzte die Treppe hinab und brach sich die Wirbelsäule. Im Heidelberger Krankenhaus erlag sie ihren Verletzungen.

Eutingen, 27. Febr. (Der rasende Tod.) Auf der Rückkehr von Pforzheim ist der 24 Jahre alte Blechner Adolf Kretz nachts mit rasender Geschwindigkeit mit dem Motorrad gegen eine vorspringende Hauswand gerannt. Kretz war auf der Stelle tot. Sein Begleiter auf dem Soziussitz, der 22jährige Blechner Wilhem Mußkern, erlitt lebensgefährliche Verletzungen, denen er bald darauf erlag.

Baden-Baden, 27. Febr. (Austritt aus der Wirtschaftspartei.) Wie der „Führer" meldet, ist die Ortsgruppe Baden-Baden der Wirtschaftspartei, nachdem sie Kenntnis von den Erklärungen des Parteivorsitzenden Dr. Bredt im Reichstage erhalten hatte, aus der Reichspartei des deutschen Mittelstandes ausgetreten.

Waldshut, 27. Febr. (Bürgermeisterwahl.) Der zweite Wahlgang der Bürgermeisterwahl in Waldshut hat nunmehr ein Ergebnis gebracht. Zum Bürgermeister wurde der derzeitige Bürgermeister von Furtwangen, Albert Wild, mit 37 Stimmen gewählt. Seine beiden Gegenkandidaten Bürgermeister Dr. Schmidt-Buchen und der kommunistische Landtagsabgeordnete Bock erhielten 25 bezw. 6 Stimmen.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Zeichnungsfrist für steuerfreie Reichsbahnanleihe verlängert. Die Frist für die Zeichnung der 4,5prozentigen steuerfreien Reichsbahnanleihe 1931 wird bis zum 31. März 1932 einschließlich verlängert. Die bisherigen Einzahlungsfristen bleiben bestehen.

Preisermäßigung für die Formblätter des Postscheckverkehrs. Eine Preisermäßigung für Postscheckformulare tritt am 1. März in Kraft. Das Ueberweisungsheft kostet nur noch 55 Pfennig, das Scheckheft 70 Pfennig, ferner kosten die Ersatzüberweisungen 100 Stück 55 Pfennig, die Zahlungsanweisungen 100 Stück 90 Pfennig, die gelben Scheckbriefumschläge 50 Stück 30 Pfennig. Auch für die von den Postscheckämtern gelieferten Zahlkarten und Formblättern mit anhängender Zahlkarte gelten bei Abnahme von 100 Stück an ermäßigte Preise, über die die Postscheckämter Auskunft erteilen.

Durlach, 27. Febr. Der heutige Schweinemarkt war befahren mit 23 Läuferschweinen und 56 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 12 Läuferschweine und 56 Ferkelschweine. Preis per Paar Läuferschweine 30—38 ℳ, per Paar Ferkelschweine 14—22 ℳ.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Indexziffer der Großhandelspreise. Die für den 24. Februar berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 100,1 gegenüber der Vorwoche nahezu unverändert.

Der französische Marineetat. In der Kammer wurde heute das Budget der Kriegsmarine beraten, das gegenüber dem Vorjahre um 90 Millionen höher ist.

Mißhandlung eines deutschen Pfarrers. In Lüttich griff faschistische Jugend vor der evangelischen Kirche den deutschen Pfarrer Hartmann an. Der Pfarrer erlitt Verletzungen.

Flugzeugabsturz in Japan — 4 Tote. Bei dem Versuch einer Notlandung unweit Jawata an der Tokio-Bucht stürzte ein Handelsflugzeug ab. Vier Insassen kamen ums Leben, einer wurde schwer verletzt.

Dr. Goerdeler kehrt nach Leipzig zurück. Der Preisüberwachungskommissar Dr. Goerdeler wird am 1. März d. J. sein Amt als Oberbürgermeister von Leipzig wieder persönlich ausüben. Dr. Goerdeler wird vorläufig seinen Posten als Preiskommissar beibehalten. Es handelt sich also zunächst nur um eine Arbeitsteilung.

Amerika will auf die Philippinen verzichten. Die zuständige Senatskommission hat einen Gesetzentwurf angenommen, daß in 19 Jahren den Philippinen die Unabhängigkeit wiedergegeben werden soll.

Rückgabe deutschen Missionseigentums. Das durch den Versailler Vertrag den deutschen evangelischen Missionsgesellschaften Ostafrikas entzogene Eigentum an Kirchen, Pfarrhäusern und Missionsstationen wird durch Gesetz den früheren Besitzern zurückgegeben. Von der Rückgabe sind einstweilen noch die evangelische Kirche in Daressalam mit Pfarrhaus und Kindergarten ausgeschlossen, um der evangelischen Gemeinde der Stadt Gelegenheit zu entsprechenden Neubauten zu gewähren.

Flugzeugunglück. Zwei Flugzeuge des englischen Flugzeugmutterschiffes „Courageous" stießen bei Uebungsflügen bei Malta zusammen. Die beiden Maschinen stürzten ins Meer. Die Leichen der beiden Flieger wurden nicht gefunden.

Großfeuer in Rostock. Das große Gebäude der Mecklenburgischen Genossenschaftsbank in Rostock ist nachts niedergebrannt. Das Feuer nahm seinen Ausgang vom Dachstuhl. Bei der Bekämpfung des Brandes erlitten der Brandmeister und drei Feuerwehrleute schwere Rauchvergiftungen.

Explosionsunglück. Auf der Zeche Osterfeld der Gutehoffnungshütte verunglückten bei der Sprengarbeit zwei Bergleute tödlich, ein Bergmann wurde schwer verletzt.

Raubüberfall auf ein Konfektionsgeschäft. In einem Konfektionsgeschäft in Oppeln erschien vor Ladenschluß ein maskierter Mann und raubte die Ladenkasse, die die Tageseinnahmen enthielt. Er hatte die Telephonleitung zerschnitten und die allein im Laden befindliche Inhaberin, die sich zur Wehr gesetzt haben dürfte, durch einen Schuß schwer verwundet. Der Täter ist unerkannt entflohen.

Mord an einer Achtjährigen. Die achtjährige Ludmilla Gebhart in Mörs wurde bei Homberg ermordet aufgefunden. Das Kind war gestern in die Schule gegangen. Als es am Abend noch nicht zurückgekehrt war, machte man sich auf die Suche. In einem Gestrüpp wurde das Mädchen an einem Eichenstrauch erhängt aufgefunden. Allem Anschein nach ist es einem Lustmord zum Opfer gefallen.

Tragödie einer französischen Familie in London. In der Wohnung der französischen Familie Chatenet hat sich eine furchtbare Tragödie ereignet. Als Frau Chatenet vom Theater nach Hause kam, fand sie ihre beiden Töchter im Alter von 10 und 11 Jahren mit Revolverschüssen im Kopfe tot vor. Ihr 3jähriger Sohn war durch einen Schuß schwer verletzt, ebenso ihr Mann, neben dem ein Revolver lag.

Tödlicher Autounfall eines Berliner Musikkritikers. Bei einem Zusammenstoß seines Autos mit einem anderen Kraftwagen im Westen Berlins erlitt der Musikkritiker der Deutschen Allgemeinen Zeitung, Walther Schrenk, einen tödlichen Unfall.

Selbstmord wegen mißglückten Examens. Der Gymnasiast Joseph Adler aus Hakenfelde bei Spandau wurde heute früh auf einer Bank bei Ferch erschossen aufgefunden. Aus einer Aufzeichnung im Notizbuch Adlers geht hervor, daß er die Tat vollführte, weil er das Abiturientenexamen nicht bestanden hat

---

Aus dem Gerichtssaal

Schwere Zuchthausstrafe für Brandstiftung

Mosbach, 27. Febr. Der schlecht beleumundete Otto Keller aus Epfenbach hatte sich wegen Brandstiftung vor Gericht zu verantworten. Er war geständig, in der Nacht zum 6. Januar d. J. die Scheune des Gastwirts Sauter in Epfenbach in Brand gesteckt zu haben nachdem er zuvor größere Getreidemengen gestohlen hatte. Keller erhielt zwei Jahren und vier Monate Zuchthaus — In einer weiteren Sitzung des Schöffengerichts hatte sich der Landwirt Seber-Heidersbach wegen Brandstiftung zu verantworten. Er war angeklagt, Anfang Dezember vorigen Jahres sein Anwesen in Brand gesteckt zu haben, wobei ihm seine Frau Mithilfe leistete. Wohnhaus, Stallung und Scheuer brannten damals fast vollständig nieder. Der Angeschuldigte selbst schob den Brand auf ein Unglück mit der Petroleumlampe. Das Gericht verurteilte Seber wegen fahrlässiger Brandstiftung zu vier Monaten Gefängnis. Die Ehefrau wurde freigesprochen.

Nationalsozialisten vor dem Schnellrichter

Konstanz, 27 Febr. Vor dem Schnellrichter hatten sich zwölf Nationalsozialisten aus Konstanz wegen Verstoßes gegen das Uniformverbot zu verantworten. Sie wurden zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bezw. einer Woche verurteilt. Zwei wurden freigesprochen. Die Verurteilten hatten einen Uniformappell in einer Wirtschaft abgehalten und wurden dabei von der Polizei überrascht.

Der Prozeß gegen die Brüder Runck

Berlin, 27. Febr. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß wegen des Zusammenbruches der „Evangelischen Zentralbank G.m.b.H.". Aus der Untersuchungshaft wurden vorgeführt: der Kaufmann Friedrich Paul Runck, der zuletzt alleiniger Geschäftsführer der Bank war, und sein Bruder, der Diplomkaufmann Adolf Runck. Die Anklage gegen Friedrich Paul Runck lautet auf Depotunterschlagung, Bilanzverschleierung und Betrugs an den Kunden der Bank, gegen Adolf Runck auf Beihilfe und Betrug gegenüber dem Zentralausschuß der Inneren Mission bezw. dem Deutschen Reich und der Bau- und Bodenbank, die um 1,1 Millionen RM. geschädigt worden sind. Die Zentralbank ist am 20. Januar d. J. zusammengebrochen und die Brüder Runck wurden am nächsten Tage verhaftet.

15 Jahre Gefängnis für einen Apfel

In verschiedenen Staaten Nordamerikas wurde vor Jahren ein hartes Gesetz eingeführt: Wer sich zum dritten bezw. vierten Male einer Straftat schuldig macht, wird als Gewohnheitsverbrecher betrachtet und mit mindestens 15 Jahren Gefängnis bestraft. Das Gesetz führte nun dazu, daß verhältnismäßig harmlose Menschen barbarisch bestraft wurden. Ein bezeichnender Fall dieser Art ereignete sich kürzlich in Neuyork. Ein Vierundzwanzigjähriger, der wegen geringer Eigentumsvergehen zweimal im Gefängnis gesessen hatte, stand unter der Beschuldigung des Mundraubes vor Gericht. Die Belastungszeugin, ein reiches weibliches Mitglied der sogenannten Neuyorker Gesellschaft, erklärte, während eines Bridge-Spieles sei sie in die Küche ihrer Zehnzimmer-Wohnung gekommen und habe dort den Angeklagten angetroffen, wie er in aller Ruhe am Tisch saß und einen ihr gehörigen Apfel aß. Der Beschuldigte gab zu, in die offene Küche getreten und seines Hungers wegen den Apfel genommen zu haben. Er wurde zu der ungeheuerlichen Strafe von fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Stadt und Land

— **Wenn der März ins Land zieht.** Die Juden nennen den Monat März Nisan, d. h. der erste des israelitischen Jahres. Die Römer nannten ihn bis zu den Zeiten des Romulus „primus", d. h. ebenfalls der Erste, da das altrömische Jahr mit dem März begann. Romulus aber änderte den Monatsnamen um zu Ehren des Kriegsgottes Mars und nannte ihn Martius. Von den Germanen wurde er Lenzmond genannt. Der Bauersmann aber zieht den Hut ab vor dem Märzen, denn er ist der richtige Hoffnungsmonat. Da streiten zum Eintritt die Winde mit dem Winter und jagen ihn zum Land hinaus. Statt Schneeflocken „kommt der Märzenstaub mit Gras und Laub", wogegen „Märzenschnee tut den Früchten weh". Der März ist überhaupt ein Ankünder: So viel Nebel im März, so viel Gewitterregen im Sommer; so viel Tau im März, so viel Regen nach Ostern, so viel Nebel im August. Kalendermäßig beginnt der Frühling in diesem Jahre mit dem 20. März (Tag- und Nachtgleiche). Mit Befriedigung bemerkt man jetzt schon ein starkes Zunehmen des Tageslichts, der Tag wächst bereits um über anderthalb Stunden. Heuer ist zum Märzenanfang der Winter nochmals mit starken Schneefällen eingekehrt. Die Menschen hoffen auf das Erwachen der Natur, sehnen sich nach dem Anblick grünender Wiesen und freuen sich, wenn sich's auch in der Tierwelt regt und die Vögel, die durch die Niederungen streifen, jubelnd den vollen Einzug des Frühlings künden. In diesem Jahre bringt der März das Osterfest. Nach dem hundertjährigen Kalender soll es im März kalt bis zum Beginn des Frühlings sein, die letzten Tage sind meistenteils freundlich und schön.

— **10. März Steuertermin.** Nach § 95 des Einkommensteuergesetzes hat der Steuerpflichtige bis zum Empfang eines Steuerbescheids für einen Steuerabschnitt auf die Steuerschuld dieses Abschnittes am 10. April eine Vorauszahlung in Höhe von einem Viertel der zuletzt festgesetzten Steuerschuld zu entrichten; nach § 24 des Körperschaftssteuergesetzes finden die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über die Vorauszahlungen sinngemäß Anwendung auf die Körperschaftssteuer. Demgemäß ist auch in den Steuerbescheiden für das Kalenderjahr 1930 oder die in diesem Kalenderjahr abgelaufenen Steuerabschnitte der 10. April 1932 als Vorauszahlungstermin aufgeführt. Durch Kapitel 2 des 7. Teils der vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft nud Finanzen vom 8. Dezember 1931 ist dieser Vorauszahlungstermin auf den 10. März 1932 vorverlegt worden. Die laut Steuerbescheid am 10. April 1932 zu entrichtenden Einkommen- und Körperschaftssteuer-Vorauszahlungen sind daher bereits am 10. März zu entrichten. Auf denselben Termin — 10. März 1932 — ist auch auf die Krisensteuer der Veranlagten eine Vorauszahlung nach Maßgabe des Krisensteuer-Vorauszahlungsbescheids zu leisten. Bei Nichteinhaltung der Termine fallen Verzugszuschläge nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Januar 1932 an.

— **Goethe-Postkarten.** Die Deutsche Reichspost gibt zur Goethefeier zwei Postkarten zu 6 und 15 Rpfg. mit einem Bildnis Goethes und mit besonderen Freimarkenstempeln aus. Die Postanstalten verkaufen die Karten vom 1. März an.

*

Badisches Landestheater.

Hans Pfitzners Drama für Musik „Das Herz" gelangt am Montag, den 29. Februar zur dritten Aufführung. Weiter bringt die Oper am Samstag, den 5. März Webers „Freischütz", am 6. März als Sonntag-Nachmittagsvorstellung den „Rosenkavalier" von Richard Strauß und abends die vierte Aufführung von Hans Pfitzners „Das Herz". — Im Schauspiel findet am Dienstag, den 1. März eine Wiederholung von Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung" statt. Nach der bereits erfolgten Wiederaufführung von Schillers „Wallensteins Lager" und „Die Piccolomini" geht am Mittwoch, den 2. März, der zweite Teil des Wallenstein-Dramas: „Wallensteins Tod" in der Neueinstudierung durch den Intendanten Dr. Waag in Szene und wird am Donnerstag, den 3. März wiederholt. Der erste Teil mit dem „Lager" und der „Piccolomini" kommt sodann am nächsten Tage, Freitag, den 4. März zur zweiten Wiederholung.

Im Konzerthaus geht am Sonntag, den 6. März, als Erstaufführung die Operette „Zur goldenen Liebe" von Ralph Benatzky, Text von Willi Wolff u. Martin Zickel, unter der Spielleitung von Fritz Herz in Szene. Die musikalische Leitung (am Flügel) hat Curt Stern.

Der Sport vom Sonntag

Fußballergebnisse des Sonntags

Um die Süddeutsche Meisterschaft

Abteilung Süd-Ost:

Karlsruher FV. — FC. Pforzheim 3:0
VfB Stuttgart — SpVgg Fürth 1:0
FC. Nürnberg — FV. Rastatt 12:1
Bayern München — 1860 München 3:0.

Abteilung Nord-West:

FSV. Frankfurt — VfL. Neckarau 3:1
SpV Waldhof — FK. Pirmasens 5:1
FV. Saarbrücken — Wormatia Worms 1:1.

Süddeutsche Verbandspokalspiele

Bezirk Württemberg-Baden:

FC. Freiburg — SpFr. Eßlingen 2:1
SV. Feuerbach — Stuttgarter Kickers 2:4
Union Böckingen — FC. Birkenfeld 5:1
Germania Bröötzingen — Phönix Karlsruhe 4:1
SpVgg. Schramberg — VfB. Karlsruhe 5:2.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Neue Grundlage für die Landwirtschaft

Ursachen der Agrarkrise, Zollnotverordnung, planmäßige Einfuhrregelung, Garantiepreise

Bei der Beurteilung der Lage der Landwirtschaft muß man zwei Gesichtspunkte besonders berücksichtigen. Es ist das einerseits die Ausdehnung und technische Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Erzeugung namentlich in Uebersee und Rußland und andererseits der Stillstand der Bevölkerungszunahme in den wichtigsten Industrieländern. Die Erzeugungsausdehnung ist im Hinblick auf eine weitere Entwicklung der Bevölkerung und der Weltwirtschaft, wie sie vor dem Kriege stattgefunden hat, erfolgt. Das Problem der Ueberbevölkerung hat sich in ein Problem der Uebererzeugung gewandelt. Daraus entwickelte sich ein starker Konkurrenzkampf, von dem besonders die Länder, die auf Weltwirtschaft angewiesen sind, betroffen werden. Für Deutschland ist es unbedingt notwendig, diese störenden Einflüsse der Weltwirtschaft möglichst fernzuhalten. Bis jetzt wurde das mit verschiedenem Erfolg durch Schutzzölle versucht. Trotzdem hatte und hat aber die Landwirtschaft unter den niederen Weltmarktpreisen, dem Währungsverfall und den Einfuhrsperren verschiedener Länder sehr zu leiden. Besonders augenfällig wurde das in letzter Zeit durch den unaufhaltsamen Preisrückgang bei Milch und Molkereierzeugnissen infolge der Einfuhr aus Dänemark.

Mit der Zollnotverordnung vom 18. Januar versucht man nun in Zukunft besonders die Schäden der Dumping-Einfuhr von der deutschen Wirtschaft fernzuhalten. Die Reichsregierung wurde ermächtigt, im Falle eines dringenden Bedürfnisses bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausgleichszuschläge zu erheben. Für Waren, die aus einem Land stammen, mit welchem Deutschland nicht in einem handelspolitischen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, können erhöhte Zollsätze festgelegt werden. Durch diese Notverordnung soll unsere Handelspolitik beweglicher gestaltet und ihr die Möglichkeit gegeben werden, sich den sprunghaften Veränderungen des Weltmarktes schneller anzupassen. Ob aber dadurch der für die Landwirtschaft notwendige Schutz erzielt wird, muß einmal abgewartet werden. In landwirtschaftlichen Kreisen hat man Zweifel.

Vor etwa zwei Jahren stand die Frage der Einführung eines Getreidemonopols im Reichstag zur Beratung. Es wurde seinerzeit von einem Parlamentsausschuß abgelehnt, trotzdem sowohl Vertreter der Rechten, als auch die der Sozialdemokratie dafür eingetreten sind. Die Frage einer planmäßigen Einfuhrregelung, ob durch Monopol oder Kontingent sollte aber von der Landwirtschaft erneut aufgegriffen werden. Unsere heutige praktische Handhabung der Getreidezölle bezw. der Getreideeinfuhr ist tatsächlich von einem Getreideeinfuhrmonopol nicht mehr weit entfernt. Die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind recht gut. Von den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind die Brotgetreidepreise verhältnismäßig die besten. Die Landwirtschaft könnte durch ein Einfuhrmonopol oder -kontingent einen gewissen Garantiepreis für ihre Erzeugnisse erhalten. Sie würde dadurch von den Gefahren des Marktes befreit. Es würde ihr wieder der Mut zu intensiverer Erzeugung gegeben. Die Getreidepolitik der Schweiz, die auf dem System der Garantiepreise beruht, wäre auch in Deutschland in entsprechender Form durchführbar. In England erwägt man zur Zeit ebenfalls die gleichen Gedankengänge. Eine Art Richtpreis soll die Grundlage für die je nach Qualität verschiedenen Uebernahmepreise bilden.

Abgesehen von der günstigen Wirkung einer derartigen Garantiepreisregelung auf die landwirtschaftliche Erzeugung ergeben sich auch noch andere Gesichtspunkte, die für die Schaffung solcher Garantiepreise sprechen. Die Kalkulation für die Verkaufspreise der Mühlen, Bäcker usw. an den Verbraucher wäre wesentlich vereinfacht, denn die Grundpreise stehen fest und damit scheidet der unberechenbarste Faktor in der Preisspanne, das Preisrisiko, aus. Auch die Zinskalkulation würde sich wesentlich ermäßigen. Wenn eine entsprechende Vereinbarung zwischen den interessierten Berufsgruppen nicht möglich sein sollte, ist es unbedingt notwendig, daß der Staat in dieser Richtung die Führung übernimmt.

Wenn der Landwirt einigermaßen weiß, was er für seine Erzeugnisse bekommt, läßt er es an Mühe und Kostenaufwand nicht fehlen, um die Vorbedingung für eine ausreichende Ernte zu schaffen. In diesem Falle bedarf es keiner Ausfallbürgschaft des Reiches für die Lieferung von Kunstdünger und Saatgut. Wenn auch der gute Wille bei dieser Notverordnung und die Sorge um die Sicherstellung der diesjährigen Ernte nicht verkannt werden soll, so hat doch die neue Düngemittel-Aktion recht große Bedenken. Sie ist absolut keine Hilfe für die Landwirtschaft, wie es von seiten der Düngerindustrie hinzustellen versucht wird. Welcher Landwirt könnte glauben, daß es in seinem Interesse gelegen ist, daß den Lieferanten von Kunstdünger und Saatgut an den Früchten seiner Grundstücke ein gesetzlich bevorrechtigtes Pfandrecht eingeräumt wird. Das Gegenteil trifft zu, dem Landwirt können aus dieser Einräumung eines Pfandrechtes auf dem Kapitalmarkt erhebliche Nachteile durch Kündigung der Hypotheken u. ä. entstehen. Ein weiterer Nachteil ist, daß die beabsichtigte Intensivierung gewissermaßen auf Pump erfolgen soll. Der Landwirt wird ohne Gewähr für eine Rentabilität bei den jetzigen völlig unsicheren und unübersehbaren Verhältnissen zur neuen Kreditaufnahme und zu neuem Schuldenmachen veranlaßt. So kann man der Landwirtschaft nicht helfen!

Was der Landwirt heute braucht, ist eine Garantie für auskömmliche Preise. Diese Garantie kommt der gesamten deutschen Volkswirtschaft zugute und ist letzten Endes billiger als alle anderen Stützungsmaßnahmen. Eine derartige Lösung könnte auch den Ausgleich der Preise zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen bringen. Gewiß hat jedes System seine Fehler. Es handelt sich in diesem Falle aber um die Aufrechterhaltung unserer Landwirtschaft, der man mit Garantiepreisen eine neue Grundlage geben könnte.

Ein Versuch mit Edeldung

In neuerer Zeit wird auf die Bedeutung des Edelmistes in Wort und Schrift immer mehr hingewiesen. Auf jeden Fall wird dadurch die Behandlung des Mistes sorgfältiger. Eine offene, bedachte Hofscheune ließ ich mit festen Wänden bekleiden und den Boden mit Zement ausgießen. Ein größeres Faß nahm an der tiefsten Stelle die abfließende Jauche auf. Der Tagesanfall an Dünger wurde lose zu einem 1 Meter hohen Rechteck gepackt; ein zweiter, ein dritter Block danebengesetzt. Nach drei Tagen hatte der erste eine Wärme von 60 bis 70 Grad erreicht, was ich an einem Eisenstab fühlen konnte. Außerdem verdunstete die anhaftende Feuchtigkeit sichtbar schnell. Nun wurde der Block durch zwei Mann festgetreten, besonders an den Ecken und Berührungskanten.

Der Mist sackt mit der Zeit derart zusammen, daß man einen zweiten, ja dritten Block obenauf packen kann. Der Edelmist ist dann kompostähnlich und so konzentriert, daß die Hälfte bis zwei Drittel der gewohnten Menge genügen. Man spart also an Fuhr- und Streulohn. Unkrautsämereien bringe man niemals auf die Gärstätte, denn an den Rändern könnte vielleicht die Keimfähigkeit erhalten bleiben, woran weder Landwirt noch Gärtner ein Interesse haben.

Tages-Anzeiger

Montag, den 29. Februar.

Bad. Landestheater: „Das Herz", 20—22½ Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Der Fall des Generalstabsoberst Redl", 7 und 9 Uhr.

Schriftleitung: L. Dups, Durlach.

Wetternachrichtendienst

der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Unter dem Einfluß eines großen über Nordeuropa ausgebreiteten Hochdruckgebietes ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag wieder durchgreifende Aufheiterung eingetreten. Durch scharfe östliche Winde wird kontinentale Kaltluft aus dem schneebedeckten Osten herangeführt und bringt auch am Tage kaltes Wetter. Nachts stieg der Frost in tiefen Lagen bis zu minus 9 Grad, im Gebirge bis zu minus 16 Grad. Ueber Spanien ist eine tiefe Zyklone erschienen, die südlich der Alpen über das Mittelmeer nach Osten weiterzog und für das Anhalten der lebhaften östlichen Winde auch morgen sorgen wird.

Wetteraussichten für Dienstag: Noch Fortdauer des trockenen und heiteren Frostwetters bei rauhen nordöstlichen Winden.

Gedenkt der Notleidenden, spendet für die Durlacher Winternothilfe!

Todes-Anzeige.

Unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Kath. Heilmann

geb. Wendel
Hauptlehrerswitwe

ist heute abend 8 Uhr nach langem, schweren Leiden im Alter von 68 Jahren sanft entschlafen.

Bretten, Ebingen, den 26. Februar 1932.

In tiefem Leid:
Familie Direktor Heilmann
Familie Dr. Gäßler.

Die Beerdigung findet Montag, den 29. Februar, nachmittags 2 Uhr, in Ebingen statt.

Heute nachmittag ½5 Uhr entschlief sanft unser lieber Gatte und Vater

Alexander Lietza.

DURLACH, den 28 Februar 1932

Martha Lietza
Albert Lietza.

Beerdigung Dienstag nachm. ½4 Uhr.

Gemeinde-, Kreis- und Gebäudesondersteuer.

Die Zahlungspflichtigen werden hiermit aufgefordert, die fälligen Februarraten bis zum 5. März 1932 zu entrichten. Wer bis dahin seine Steuerschuld nicht entrichtet, hat die gesetzlichen Verzugszuschläge zu bezahlen und außerdem die Kosten der Zwangsvollstreckung zu tragen.

Durlach, den 29. Februar 1932.

Stadtkasse.

Da sieht man:

wer Elly Petersens Gelbes Gartenbuch gelesen hat – und wer nicht! Gerade wer Anfänger ist, der sollte keinen Spatenstich tun, ohne vorher dieses anschauliche und vorzügliche Buch gelesen zu haben. „Denn materiell macht es sich durch das Vermeiden von Mißerfolgen rasch hundertfach bezahlt!" – schreibt der Kleingartenbau. 400 Seiten, 125 Bilder und 7 farb. Tafeln, geh. 4.50. Leinen 6.30. Jede Buchhandlung führt es! Verlag Knorr & Hirth G.m.b.H., München

Geschäftsübergabe u. -Empfehlung.

Unserer sehr verehrten Kundschaft und Gästen die Mitteilung, daß wir unsere Wirtschaft m. Metzgerei unterm Heutigen Herrn **Karl Mayer** übergeben haben.

Wir danken herzlich für das uns bisher entgegengebrachte Vertrauen und bitten, dasselbe auch auf unseren Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Wilhelm Abendschein und Frau.

Einer verehrten Einwohnerschaft von Durlach und Umgebung die Mitteilung, daß wir unterm Heutigen die Wirtschaft m. Metzgerei des Herrn **Wilhelm Abendschein** übernommen haben.

Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, eine verehrte Kundschaft mit nur erstklassigen Weinen etc. sowie Fleisch und Wurstwaren zu bedienen.

Hochachtungsvoll
Karl Mayer, Metzgermeister und Frau.
zur „Goldenen Gerste"

Sommer-Sprossen werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt. ℳ 1.60, 2.75. Gegen **Pickel, Mitesser** Stärke A.
Blumen-Drog. Schaefer

Geldselbstgeber
und einwandfreie Vermittler, die Selbstgeber oder Selbstgeberinstitut hinter sich haben, werden gesucht. Wir senden Geldgesuche kostenlos zu und geben Spesenzuschuß bei Erfolg.
Berlin SW 48, Schließfach 18.

2000—4000 Mk.
auf 1. Hypothek gegen gute Sicherheit und erhöhte Zinsen zu leihen gesucht.
Offerten unt. Nr. 164 an den Verlag.

Große
Frisch-Eier
10 Stück 75 ₰
10 Stück 85 ₰
Mittel-Eier
10 Stück 65 ₰
empfiehlt
Otto Schenk
Feinkost
Hauptstr. 84, Telefon 315

Empfehle stets sämtliche
Gemüse
bisher nur zentnerweise, von jetzt an auch pfundweise. — Wird billiger abgegeben wie Markt und Laden.
Max Kiefer, Mittelstr. 10.
— Telefon 82 —

Parkett
liefern, verlegen, reparieren. Abziehen sämtlicher Holz-Fußböden und Treppenhäuser, sowie lackierte Fußböden.
A. ALLE, Spezial-Geschäft für Holz-Fußböden
Waldstraße 38, Telefon 298.

Tanzschule Trautmann
Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr
beginnt in meinen neuen Räumen
Karlsruhe, Kaiserstraße 148
gegenüber der Hauptpost — wieder ein Kurs
— Anmeldung und Einzelstunden täglich. —
Telefon 3155

Städtische Volksbücherei.
Standort: Schloßkaserne, Hauptstr. 9, 3. Stock.
Bestand: 5200 Bände.
Bücherausgabe:
Montag ½5—6 Uhr (1 Oktober bis 15. März)
Freitag 6—8 Uhr (das ganze Jahr)
Benützungsberechtigt: Jeder über 16 Jahre alte Einwohner der Stadt Durlach.
Der Bibliothekar.

Für heute empfehle ich
Leber- und Griebenwürste
das Stück 10 ₰
Schwartenmagen
¼ 20 ₰
Lebensmittelgeschäft Schmidt
Adlerstraße 16.

Milch
hat abzugeben
Durlach-Aue
Hauptstraße 123.

Offeriere frisch eingetroffen ein Waggon
Hafer
und ein Waggon
Schnitzel
zu billigem Preis.
Weiter offeriere fortwährend verschiedene Sorten
Salz
zu einem **ganz besonders billigen Preis.**
Herm. Fehrenbach
Bleichstraße 5
bei der Goetheschule
— Telefon 329 —

Abonnenten, kauft bei unsern Inserenten!

Badisches Landestheater
Montag, 29. Febr. 32
*C 18 Th.-Gem.
1. S. Gr.
Das Herz
Drama für Musik von Hans Pfitzner
Dirigent: Krips.
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Blank, Haberkorn, Winter, Hellmuth, Motschmann, Rivinius, Sonntag, J. Grötzinger, Hofpach, Kalubach, Kiefer, Löser, Schoepflin, Strack, G. Grötzinger.
Anfang 20 Uhr
Ende nach 22.30 Uhr.
Preise D (0.90—5.70 ℳ)

Die. 1. 3. Der Widerspenstigen Zähmung. Mi. 2. 3. Neu einstudiert: Wallensteins Tod. Do. 3. 3. Wallensteins Tod. Fr. 4. 3. Wallensteins Lager — Die Piccolomini. Sa. 5. 3. Der Freischütz. So. 6. 3. Nachmittags: Der Rosenkavalier. Abends: Das Herz. Im Konzerthaus: Zum ersten Mal: Zur goldenen Liebe.

Schlafzimmer
eiche, besteh. aus 3tür. Spiegelschrank, Waschkommode m. Spiegelaufsatz, 2 Betten m. R. 2 Nachttische billig zu verkaufen
Riemle, Kelterstr. 23.

Zweigstelle
für Immobilien- u. Kapitalverkehr zu vergeben. Bürozuschuß, Inkassovollmacht, ohne Kaution.
Isiag, Berlin SW 68.

Einfamilienhaus
in Durlach zu kaufen gesucht. Vermittler verbeten. Zu erfragen im Verlag.

Neue Holländer
Salzheringe
zum Einmarinieren
10 Stück 45 ₰
Süßbücklinge
frisch eingetroffen
Pfund 25 ₰
Otto Schenk
Feinkost.
Hauptstr. 84, Telefon 315

Acker
48,43 Ar (Herrenäcker) ist sofort zu verkaufen.
Näheres
Grötzingerstraße 17.

Kalbin
nahe am Ziel (Simmentaler) preiswert zu verkaufen
D.-Aue, Hauptstraße 89.

Schöne
2 Zimmerwohnung
mit reichlichem Zubehör auf 1. April zu vermieten.
Zu erfragen im Verl.

2 Zimmerwohnung
zu vermieten per 1. 4.
Angebote unt. Nr. 163 an den Verlag.

Eine schöne
2 Zimmerwohnung
mit Zubehör in Durlach-Aue auf 1. April zu vermieten.
Zu erfragen im Verl.

1 großes Zimmer
mit Zubehör auf 1. April zu vermieten.
Kelterstraße 26, I. l.

Schafwolle
zum Waschen und Schlumpen wird angenommen Pfinzstr. 9

Die beste Reklame
ist und bleibt ein
Inserat
im
„Durlacher Tageblatt"